



Pressekonferenz des IKK e.V. „GKV in der Defizitspirale – was muss jetzt dringend passieren?“, 26. August 2025, Berlin

Statement Hans Peter Wollseifer Vorstandsvorsitzender des IKK e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zur Pressekonferenz des IKK e.V. und freue mich über Ihr Interesse!

Es ist höchste Zeit, Klartext zu reden: Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) steckt nicht erst seit gestern in einer strukturellen Finanzkrise. Diese entstand nicht zufällig, sondern ist das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Versäumnisse, Fehlanreize und ordnungspolitischer Unklarheiten. Die GKV wird zunehmend zum Auffangbecken für staatliche Aufgaben – und das sowohl zulasten der Beitragszahlenden als auch der Finanzierungsgerechtigkeit sowie zum Schaden des Systems der Selbstverwaltung.

Die Menschen in unserem Land erkennen diese Schieflage deutlich: Laut unserer aktuellen forsa-Umfrage, die wir Ihnen heute hier in den Eckpunkten präsentieren wollen, sehen 65 Prozent der befragten GKV-Versicherten die zu hohen Beitragssätze als eines der gravierendsten Probleme des Gesundheitswesens an – im Vorjahr sagten das noch 46 Prozent – ein signifikanter Anstieg!

Doch meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier nicht nur ums Geld. Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt, letztlich um unser solidarisches Gesundheitssystem. Genau das wollen die Bürgerinnen und Bürger schützen: Die große Mehrheit lehnt Eigenbeteiligungen oder Leistungskürzungen ab. Nur 13 Prozent sprechen sich für Selbstbeteiligungen bei Arztbesuchen oder Behandlungen aus, und gerade einmal 6 Prozent würden überhaupt eine Kürzung des Leistungsangebotes befürworten. Stattdessen sieht mehr als die Hälfte der Befragten eine finanzielle Entlastung der Krankenkassen durch höhere Steuerzuschüsse aus dem Bundeshaushalt als richtigen Weg an.

Wenn die Politik die Problemlage und die Erwartungen der Versicherten und Arbeitgeber, die ja auch Wähler sind, weiter ausblendet, werden die Zustimmungswerte zur vielfach beschworenen „demokratischen Mitte“ weiter schrumpfen. Der aktuelle ARD-Deutschlandtrend spricht hier schon Bände.

Mit dem Regierungswechsel bestand Hoffnung auf Reformen: Die Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege versprach in den Koalitionsverhandlungen eine grundlegende Reform und die vollständige Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen. Daraus wurde nichts – im Koalitionsvertrag wurde dieser Ansatz gekippt. Statt dringender und konkreter Entlastung für



Beitragszahler setzt die Bundesregierung nun auf die vage Hoffnung eines künftigen Beschäftigungsaufschwungs – eine riskante Strategie angesichts des demografischen Wandels und globaler Unsicherheiten.

Die für 2025 und 2026 angekündigten Darlehen in Höhe von je 2,3 Milliarden Euro führen zu keiner strukturellen Lösung, ja nicht einmal zur Vermeidung weiterer Beitragserhöhungen. Das hat selbst Bundesgesundheitsministerin Warken im Bundestag eingeräumt: Das Problem wird nur in die Zukunft verschoben. Beitragszahler zahlen später doppelt – denn ein Darlehen muss zurückgezahlt werden! Besonders absurd: Der Staat macht die GKV und damit die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu Schuldnern, obwohl sie eigentlich Ansprüche aufgrund der Erbringung versicherungsfremder Leistungen gegenüber dem Bund haben!

Als ehemaliger Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und arbeitgeberseitiger Verwaltungsratsvorsitzender der IKK classic beobachte ich mit Sorge, wie steigende Zusatzbeiträge die Lohnnebenkosten hochtreiben – für Arbeitnehmer heißt das weniger Netto vom Brutto, für Arbeitgeber, gerade im Mittelstand, wachsender Druck.

Und das Problem ist mehr als drängend, denn die Finanzsituation in der GKV ist brisant. Schon im vierten Quartal 2024 wurde ein Defizit von 6,2 Milliarden Euro verbucht – 700 Millionen Euro mehr als erwartet. Für 2025 wird ein Defizit von 46 Milliarden Euro prognostiziert, das über Zusatzbeiträge gedeckt werden muss. Schon jetzt haben 88 von 94 Kassen im laufenden Jahr ihre Zusatzbeiträge erhöht – ein Rekord, der die Politik alarmieren müsste. Und die nächsten Erhöhungen sind bereits angekündigt.

Die Ursachen sind bekannt: der demografische Wandel, medizinischer Fortschritt, nicht gegenfinanzierte gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie die Kosten der Gesundheitsversorgung von Bürgergeld-Beziehenden. Unsere Umfrage zeigt eindeutig: 82 Prozent der gesetzlich Versicherten fordern, dass ihre Beiträge ausschließlich für Versicherte eingesetzt werden – nicht für staatliche Aufgaben. Das bedeutet, meine Damen und Herren, einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr; hier waren es „nur“ 67 Prozent.

Gleichzeitig wurde und wird die Ausgabensteigerung durch politische Entscheidungen weiter befeuert, ohne dass sich in der Versorgung für die Versicherten etwas positiv verändert. Ich nenne hier beispielhaft die Vorgaben im Koalitionsvertrag zur Ausweitung der Entbudgetierung auf den fachärztlichen Bereich sowie die Erhöhung des Apothekenfixums. Bewährte Steuerungsinstrumente werden hingegen geschwächt oder ganz abgeschafft und die finanziellen Folgen auf die Beitragszahlenden abgewälzt.

Meine Damen und Herren,

was braucht es jetzt? Wir brauchen kurzfristig wirksame Maßnahmen, um einen politischen Cut zu setzen und die Ausgabenexplosion zu mindern. Hier sind wir uns auf der GKV-Seite einig.

Darüber hinaus benötigen wir vor allem große strukturelle Reformen, um die Finanzierung der GKV langfristig zu sichern. Auf unsere Vorschläge hinsichtlich struktureller Finanzreformen wird mein Vorstandskollege Hans-Jürgen Müller später noch eingehen. Zunächst aber möchte ich Ihnen vier kurzfristige Maßnahmen, die wir als IKK-Gemeinschaft vorschlagen, erläutern:

1. Wir fordern kurzfristig die kostendeckende Erstattung der Beiträge für Bürgergeld-Beziehende, denn die Lücke zwischen pauschalen Beiträgen und realem Versorgungsaufwand in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr muss geschlossen werden.

Gern möchte ich Sie an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass wir durch die Sicherstellung der Versorgung der Bürgergeld-Beziehenden den Staat von weiteren hohen Verwaltungskosten entlasten. Lassen Sie mich das bitte kurz erklären:

Der Staat nutzt hier sinnvollerweise die funktionierenden und etablierten Strukturen der GKV mit Gesundheitskarte und den etablierten Abrechnungswegen, anstatt seiner Fürsorgepflicht für die Bürgergeld-Beziehenden über die Kommunen mittels Behandlungsscheinen selbst nachzukommen. Das bedeutet natürlich auch eine Reduktion der Verwaltungsaufwände in den Haushalten der Kommunen. Insofern sollte der Staat aber zumindest seiner finanziellen Verpflichtung für die erbrachten Gesundheitsleistungen an die Bürgergeld-Beziehenden vollumfänglich nachkommen.

2. Die Vorhaben des Koalitionsvertrags müssen kritisch darauf geprüft werden, inwiefern die geplanten Ausgabensteigerungen zu einer wirklichen Versorgungs- oder Qualitätsverbesserung führen. Ausgabenwirksame Maßnahmen ohne einen positiven Effekt für die Versorgung sind abzulehnen. Wie bereits genannt, betrifft dies insbesondere die Prüfung einer Entbudgetierung im fachärztlichen Bereich oder auch die Erhöhung des Apothekenfixums.
3. Und schließlich fordern wir gemeinsam mit dem GKV-Spitzenverband und den anderen Kassenarten ein Ausgabenmoratorium. Denn bis die versprochenen Ergebnisse der eingesetzten Expertenkommission 2027 vorliegen, braucht es eine verbindliche Ausgabenbremse. Dies kann z. B. durch eine Ergänzung des § 71 SGB V umgesetzt werden. Das würde den Bundeshaushalt nicht belasten, aber der GKV den Rücken in ihren Verhandlungen mit den Leistungserbringern stärken. Dieses Ausgabenmoratorium ist keine Blockade, sondern ein dringend notwendiges Signal der Verantwortung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GKV steht am Wendepunkt. Die Politik muss jetzt handeln – nicht mit Symbolpolitik oder Darlehen ohne Reformen, sondern mit Mut zur ordnungspolitischen Korrektur.

Denn eines müssen sich die politisch Verantwortlichen klar machen: Wenn die Gesundheitsleistungen schlechter werden und die Versicherten weiterhin keinen zeitlich angemessenen Arzttermin bekommen, dafür aber immer mehr zahlen müssen, dann verlieren sie den Glauben in das Gesundheitssystem. Schon jetzt stellen für vier Fünftel der Befragten lange Wartezeiten auf Arzttermine eines der größten Probleme im Gesundheitssystem dar. Die Menschen wollen aber auch, dass unser Gesundheitssystem solidarisch bleibt, ohne Selbstbeteiligung und ohne Leistungskürzungen – aber mit fairer Finanzierung. Wer jetzt nur kurzfristige Darlehen als Lösung bereithält, ohne strukturell gegenzusteuern, riskiert nicht nur die Finanzbasis der GKV mit den Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerade



des Mittelstandes, sondern setzt auch das Vertrauen der Menschen in unser Sozialsystem aufs Spiel.

Die Innungskrankenkassen fordern, dass mit den verfügbaren Ressourcen ökonomisch und verantwortungsvoll umgegangen wird – und dass aus Gesundheitsleistungen keine übermäßigen Renditen erzielt werden können! Das würde das Vertrauen der Versicherten in unser System weiter belasten. Schon jetzt sind nur noch etwas mehr als ein Viertel – 28 Prozent – mit der aktuellen Gesundheitspolitik zufrieden oder sehr zufrieden. Das bedeutet eine Verschlechterung von über zehn Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr, als immerhin noch 39 Prozent positiv auf die Gesundheitspolitik geschaut haben.

Vor allem die 45- bis 59-Jährigen – also jene, die als Beitragszahler stark belastet sind – zeigen deutliche Unzufriedenheit: 74 Prozent, also drei Viertel, sind eher oder sehr unzufrieden. Gerade in Zeiten, in denen Populismus und Demokratieförderung erstarken, sind unsere Sozialsysteme doch ein Garant für den sozialen Frieden. Sie dürfen somit nicht unter „ferner liefen“ laufen. Die Innungskrankenkassen stehen bereit – mit fundierten und von den Versicherten getragenen Vorschlägen.

Meine Damen und Herren,

damit habe ich meinen Aufriss der Problemlage abgeschlossen und Ihnen erste kurzfristig umsetzbare Lösungsvorschläge unterbreitet. Gern möchte ich an meinen Vorstandskollegen Hans-Jürgen Müller übergeben, der Ihnen weitere konkrete Finanzreformvorschläge erläutern wird.

Vielen Dank.